

Umwelt

Übereinkommen über die biologische Vielfalt |

15. Vertragsstaatenkonferenz 2021

Cartagena-Protokoll | 10. Vertragsstaatenkonferenz 2021

Nagoya-Protokoll | 4. Vertragsstaatenkonferenz 2021

- Verschiebungen aufgrund der COVID-19-Pandemie
- Zahlreiche administrativ-organisatorischer Beschlüsse
- Verlust der Artenvielfalt wird stärker wahrgenommen

Die bereits mehrfach verschobene 15. Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties – COP) des **Übereinkommens über Biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD)** fand vom 11. bis 15. Oktober 2021 in Kunming, China, statt – allerdings nur als erster Teil. Eigentlich sollte sie bereits im Jahr 2020 stattfinden. Nach langer Ungewissheit wurde schließlich beschlossen, die Vertragsstaatenkonferenz in zwei Teile zu zerlegen und hauptsächlich aus organisatorischen Gründen eine Auftaktteilkonferenz zu veranstalten, auf der nichts verhandelt wird. Genauer gesagt, handelte es sich um die 15. COP der CBD, die 10. COP des **Cartagena-Protokolls zur biologischen Sicherheit** und die 4. COP des **Nagoya-Protokolls über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile**.

Der zweite Teil, bei dem die wichtigen Verhandlungen über den künftigen Biodiversitäts-Aktionsplan stattfinden sollen, war ursprünglich für April 2022 geplant, wurde aber inzwischen bereits wieder auf den Herbst verschoben. Während die 26. COP des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) im britischen Glasgow trotz der COVID-19-Pandemie mehr Teilnehmende als jede andere Konferenz davor verzeichnete, war die CBD-COP vollständig geprägt von der restriktiven chinesischen Keine-COVID-19-Politik. Zur COP durfte praktisch niemand aus dem Ausland anreisen, abgesehen von der Exekutivsekretärin des CBD-Sekretariats Elizabeth Marema

Mruma und drei ihrer Mitarbeiter inklusive einer dreiwöchigen Quarantäne. Die etwa 1500 physisch anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren allesamt Chinesen oder in China ansässige Vertreterinnen und Vertreter von Botschaften und internationalen Organisationen. Der größte Teil der Delegationen wurde per Video zugeschaltet – mehr als 3000 Personen.

Minimalprogramm

Notwendig war die CBD-COP insbesondere wegen einer Reihe administrativ-organisatorischer Beschlüsse. Vor allem musste der Interimshaushalt des Sekretariats für die Jahre 2021 und 2022 in Höhe von 18,4 Millionen US-Dollar beschlossen werden, sodass die Arbeitsfähigkeit des Sekretariats sichergestellt ist. Ferner galt es, das Präsidium der 15. CBD-COP sowie der Vertragsstaatenkonferenzen des Cartagena- und des Nagoya-Protokolls zu wählen. Mit der Wahl des chinesischen Umweltministers Huang Runqiu als Konferenzpräsident übergab die bisherige Präsidentin, die ägyptische Umweltministerin Yasmine Fouad, die Amtsgeschäfte. Das teilweise bereits bei der 14. CBD-COP gewählte Präsidium wurde durch Nachwahlen vervollständigt. Auch die Präsidien der beiden Protokoll-COPs wurden vervollständigt, so dass nun legitimierte Gremien für den Verhandlungsprozess bestehen. Die Vertragsstaatenkonferenz nahm dann die Arbeitsberichte der Untergremien (Subsidiary Bodies) zur Kenntnis, sodass zumindest das administrative Minimalprogramm nach drei Jahren Pause über die Bühne gebracht werden konnte.

Der öffentlichkeitswirksamere Teil des ersten Teils der CBD-COP war ein zweitägiges hochrangiges Treffen, das das Thema auf der Tagesordnung halten sollte. Viele Staaten und auch Führungspersönlichkeiten aus der Wirtschaft kündigten erhöhte Anstrengungen zum Biodiversitätsschutz an. Die vielen zugeschalteten Staats- und Regierungschefs aus aller Welt gaben sich in ihren Videobotschaften als aufrechte Umweltschützer, denen der Schutz der biologischen Vielfalt sehr am Herzen liegt – in auffallendem Kontrast zur fast vollständigen Zielverfehlung des letzten Biodiversitäts-Aktionsprogramms der CBD. Das hochrangige Treffen verabschiedete die ›Kunming-Erklärung‹, die den Ernst der Lage beim Schutz der Biodiversität betont und zu verstärkten Anstrengungen zu ihrem Schutz aufruft. Darin wird die Bedeutung der biologischen Vielfalt für funktionierende Ökosysteme und auch Gesundheit und Wohlstand des Menschen betont. Ferner wird der Besorgnis Ausdruck verliehen, dass die für die Jahre 2010 bis 2020 beschlossenen Aichi-Biodiversitätsziele verfehlt werden. Die vielfältigen Krisen des Klimawandels, des Biodiversitätsverlusts, der Landdegradation und Wüstenbildung und der Verschmutzung von Meeren und Land hängen miteinander zusammen und müssen mit dringendem und integriertem Handeln in allen Teilen von Wirtschaft und Gesellschaft angegangen werden. Der Schutz der Biodiversität sei eine zentrale Herausforderung dieses Jahrzehnts. Der Vorschlag, bis zum Jahr 2030 etwa 30 Prozent der Land- und Meeresfläche unter Schutz zu stellen, wird erwähnt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des hochrangigen Treffens verpflichten sich dazu, ein wirksames globales Biodiversitäts-Aktionsprogramm im zweiten Teil der CBD-COP zu beschließen und dafür auch die notwendigen Finanzmittel und Umsetzungsmechanismen bereitzustellen. Sie sagten zu, in ihren Regierungen darauf hinzuwirken, Biodiversität als Querschnittsthema zu verankern und in anderen Politikfeldern zu berücksichtigen und dazu ihre nationalen Biodiversitäts-Aktionspläne und Naturschutzpolitiken beschleunigt zu aktualisieren sowie den Schutz der Küsten und mariner Ökosysteme voranzu-

treiben. Sie wollen dafür sorgen, biodiversitätsschädigende Subventionen zu beseitigen und auslaufen zu lassen – ein Ziel, das bereits dutzende Male beschlossen wurde, ohne dass es spürbare Folgen gehabt hätte. Schließlich sicherten sie auch zu, die Umsetzung des Nagoya-Protokolls voranzubringen und die schwierige Frage des Transfers digitaler Gensequenzinformationen zu lösen.

Größere öffentliche Wahrnehmung

Was im Oktober in Kunming stattfand, war einerseits ein administratives Minimalprogramm, andererseits ein virtuell-digitales Schaulaufen der Absichtserklärungen, die erfahrungsgemäß ziemlich folgenlos bleiben dürften. Verhandlungen wie wenige Wochen später bei der Klimakonferenz in Glasgow konnten angesichts des extrem restriktiven chinesischen Einreiseregimes in Kunming nicht

stattfinden. Die Untergremien sollen im März in Genf den jahrelang auf virtueller Sparflamme gehaltenen Verhandlungsprozess für ein Nachfolge-Rahmenwerk für die Aichi-Biodiversitätsziele wieder anlaufen lassen. Die inzwischen in der Schweiz weitgehend abgeschafften COVID-19-Restriktionen ermöglichen die physische Präsenz von Delegationen. Es fällt jedoch schwer, sich eine CBD-COP im Herbst in China vorzustellen, wenn die extremen Einreiserestriktionen der Volksrepublik bis dahin immer noch in Kraft sind. Welche Auswirkungen die Schatten des Ukraine-Kriegs auf die Verhandlungen haben werden, ist nur schwer abzuschätzen.

Immerhin beginnen die Biodiversitätsverhandlungen langsam, aber sicher aus dem Schatten der Klimaverhandlungen hervorzutreten. Dass der alarmierende Verlust der Artenvielfalt ein zentrales Problem ist, das dringend angegangen werden muss, beginnt sich in der Öffentlichkeit und der Politik festzusetzen.

Die bisherigen Bemühungen haben keine spürbaren Ergebnisse gebracht, die Geschwindigkeit des Artenverlusts ist so hoch wie noch nie in der Menschheitsgeschichte. Das globale Biodiversitäts-Rahmenwerk, das auf die Aichi-Biodiversitätsziele folgen soll, ist nicht nur überfällig, sondern muss auch wirklich umgesetzt und nicht nur proklamiert werden, wenn das Ziel der CBD, bis zum Jahr 2050 in Harmonie mit der Natur zu leben, erreicht werden soll. Wenn die von Kunming verkündeten Absichten dann auch Verhandlungspositionen bestimmen, dürfte dies kein Problem sein; die Erfahrung lehrt aber, dass dies nur selten der Fall ist.

Jürgen Maier

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Jürgen Maier über das Übereinkommen über biologische Vielfalt, das Cartagena-Protokoll und das Nagoya-Protokoll, VN, 2/2019, S. 89f., fort.)

»Es geht in diesem Krieg um uns alle.«

Rede von Außenministerin Annalena Baerbock bei der Notstandssondertagung der UN-Generalversammlung zur Ukraine am 1. März 2022 in New York

Vor ein paar Tagen kam in einer U-Bahn-Station in Kiew ein kleines Mädchen zur Welt. Ich habe gehört, es heißt Mia. Ihre Familie musste Schutz suchen – wie Millionen anderer Menschen überall in der Ukraine. Schutz vor Bomben und Raketen, vor Panzern und Granaten. Sie leben in Angst, sie leben in Schmerz. Sie sind gezwungen, sich von ihren Liebsten zu trennen. Weil Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat.

Ich glaube, bei der heutigen Abstimmung geht es um Mia. Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Es geht um eine Zukunft, die wir selbst bestimmen können. Ich stehe hier vor Ihnen als Außenministerin meines Landes, aber auch als Deutsche, die das unglaubliche Privileg hatte, in Europa in Frieden und Sicherheit aufzuwachsen. Nach dem Ende des

Zweiten Weltkriegs, nach einem grausamen Krieg begonnen von Nazi-Deutschland, wurden vor 76 Jahren die Vereinten Nationen gegründet, um Frieden und Sicherheit zu wahren. Sie wurden gegründet, so heißt es in der Charta, »um künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren.« Damit ist meine Generation gemeint, aber auch die Generation Mias.

Die Grundsätze der Vereinten Nationen bilden den Rahmen für unseren Frieden: für eine Ordnung auf der Grundlage von gemeinsamen Regeln, dem Völkerrecht, Zusammenarbeit und friedlicher Konfliktbeilegung. Russland hat diese Ordnung brutal angegriffen. Und deshalb geht es in diesem Krieg nicht nur um die Ukraine, nicht nur um Europa, sondern um uns alle.